

# BfGT

**Bürger für Gütersloh e. V.**

**- Ratsfraktion -**

**Postfach 123 - 33242 Gütersloh • Lindenstr. 16 – 33332 Gütersloh**

**☎ 05241 – 222 772 / Fax 15064 – [www.bfgt.de](http://www.bfgt.de) / e-Mail: [info@bfgt.de](mailto:info@bfgt.de)**

---

## **RAT der STADT GÜTERSLOH**

c/o Frau Bürgermeisterin Maria Unger  
Berliner Str. 70 – Rathaus – 33330 Gütersloh

Guten Tag, Frau Unger.

Die **BfGT**Fraktion bittet folgendes Thema auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 28. Februar 2014 zu setzen:

### **TRANSPARENZ der VERWALTUNG EINFÜHRUNG „TRANSPARENTES GÜTERSLOH“ (OPEN DATA)**

Die **BfGT**Fraktion beantragt:

- 1. Die Verwaltung prüft auf den städtischen Internetseiten eine Plattform einzurichten, auf der seitens der Stadt erhobene, erarbeitete, erstellte oder auch angeforderte Daten und Informationen veröffentlicht und zum Herunterladen angeboten werden können.**
  - a) Die betreffenden Daten müssen dabei in einem freien und maschinenlesbaren Format vorliegen, ohne Einschränkung wie z. B. einer finanziellen Gegenleistung oder einer vorhergehenden Registrierung erhältlich sein und unter einer freien Lizenz, die eine Weiterverarbeitung und Weiterverbreitung gestattet veröffentlicht werden.**
  - b) Die Verwaltung erstellt eine Vorlage, die als Grundlage für die Erstellung eines abschließenden Konzeptes dienen soll.**
  - c) Die im Rat vertretenen Fraktionen sowie Vertreter aus Bürgerschaft und Unternehmen werden im Rahmen einer Arbeitsgruppe an der Ausarbeitung / Erarbeitung des Konzeptes beteiligt.**
- 2. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwiefern Bürger diese Daten auch ohne Internetzugang unbeschwert erhalten können.**

#### **Begründung:**

Im Rahmen der intensiven Diskussion um die Veröffentlichung des „Mohnsparks-Gutachten“ auf der städtischen Homepage (**BfGT**-Antrag in der Ratssitzung vom 24.01.2014) erklärte die Verwaltung, „dass es keine Regeln / Grundlagen dafür geben würde“.

Voller Stolz berichtete die Verwaltung Anfang des Jahres, zur Teilnahme am Projekt „Modellkommune E-Government“ ausgewählt worden zu sein und Fördermittel in Höhe von 100.000 € zu erhalten. Das Ziel der Stadt Gütersloh sei es, Verwaltungsabläufe zu optimieren sowie verschiedene Möglichkeiten zu nutzen, um die Stadt noch bürgerfreundlicher zu gestalten.

Die **BfGT**Fraktion vertritt die Ansicht, dass die Teilnahme an diesem Projekt eine hervorragende Gelegenheit bietet, die Arbeit der Verwaltung noch transparenter und offener darzustellen.

*„Die Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze der Länder sowie des Bundes erfahren große Akzeptanz und werden intensiv genutzt. Ihnen ist zumeist eines gemeinsam: Wer Informationen von öffentlichen Stellen begehrt, muss einen Antrag stellen, ein Verwaltungsverfahren durchlaufen und dafür unter Umständen auch Gebühren entrichten. Die gesellschaftlichen Erwartungen an einen transparenten Staat gehen inzwischen jedoch darüber hinaus.“*

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V.**

**Wir Bürger werden mitbestimmen!**

# BfGT

## Bürger für Gütersloh e. V. - Ratsfraktion -

---

*Dem in seiner Durchsetzung oft aufwändigen Antragsrecht der Bürgerinnen und Bürger sollte deshalb die Pflicht öffentlicher Stellen stärker als bisher zur Seite gestellt werden, Informationen von sich aus zu veröffentlichen. Open Data, also die aktive Bereitstellung öffentlicher Informationen im Internet, wird bereits in vielen Bundesländern und Kommunen praktiziert."*

*Auszug aus dem Positionspapier der 26. Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland vom 27. Juni 2013 in Erfurt veranstaltet vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit.*

In NRW erarbeitete eine Projektgruppe der Landesregierung eine Open Government-Strategie für das Land, die demnächst dem Kabinett zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Auf dem Zukunftsforum „Digitale Bürgerbeteiligung“ im NRW-Landtag riefen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Landtagspräsidentin Carina Gödecke die Bürger auf, sich stärker an Konsultationen, Dialogen und Debatten mit Politik und Verwaltung zu beteiligen.

Die **BfGT**Fraktion teilt die Meinung der Ministerpräsidentin: „Regierungshandeln muss für alle Bürgerinnen und Bürger erlebbarer werden, es muss anfassbarer werden.“

Für Gütersloh bedeutet dies im Klartext: Verwaltungshandeln muss transparenter und verständlicher für die Bürger werden. Informationen und Daten sind so aufzubereiten, dass die Menschen sie auch verstehen und bewerten können.

Transparente Informationen sind ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen, offenen Demokratie. Ein großer Teil der Informationen, die im Rahmen der Aufgaben und Tätigkeiten der Stadtverwaltung entstehen, sind eigentlich öffentlich zugänglich bzw. nach dem Informationsfreiheitsgesetz für jede Person zugänglich zu halten. Wenn Politiker die Bürger zum „Mitmachen“, zur Beteiligung an verschiedensten Prozessen aufrufen, wenn die Bürgermeisterin davon spricht, die Stadt „noch bürgerfreundlicher“ zu gestalten, dann ist der freie Zugang zu städtischen Daten eine wichtige Voraussetzung für eine aktive Mitwirkung der Bürger.

Die bekannten Konzepte Open Data (Offene Daten) und Open Government (Offenes Regieren) zielen nicht nur auf die Transparenz von Daten und Verwaltungshandeln, sondern ermöglichen neben der Information die aktive Beteiligung und Mitwirkung der Bürger.

Transparentes Verwaltungshandeln im o. a. Sinne würde auch in unserer Stadt Anträge und Debatten um Veröffentlichung von Gutachten, Informationen, Daten, Statistiken etc. überflüssig werden lassen. Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass Mehrkosten für die Schaffung und Anwendung von Open Data lediglich in Form von geringem Aufwand entstehen. Hier bedarf es meist nur der Speicherung von Dateien in einem geeigneten Format und Einstellung in die städtische Internetseite.

Mit besten Grüßen

**BfGT**  
**Ratsfraktion**

*Nobby Morkes*

Fraktionsvorsitzender

Gütersloh 16. Februar 2014

e-Mail auch ohne Unterschrift gültig